

Arbeitsmarkt überfordert viele

Viele freuen sich über die sinkende Arbeitslosigkeit und vergessen dabei, dass es auch Opfer gibt. Und die werden immer mehr.

Irchenrieth. (sbü) Bezirkstagspräsident Franz Löffler sprach das Thema bei seinem Neujahrsbesuch im Heilpädagogischen Zentrum der Lebenshilfe (HPZ) deutlich an. „Die Fallzahlen in den Werkstätten für behinderte Menschen nehmen ständig zu und 50 Prozent des Zugangs kommen vom ersten Arbeitsmarkt.“ Es seien oft Menschen, die den Druck im Beschäftigungssystem nicht mehr gewachsen seien, betont Löffler. Ursache sind häufig psychische Faktoren.

In der Werkstätte für behinderte Menschen finden die Betroffenen Schutz, Betreuung und eine neue Tätigkeit. Vielen muss auch eine neue Unterkunft geboten werden. Eigentlich sollten sie in dieser betreuten Umgebung genug Selbstbewusstsein entwickeln, um allmählich wieder in den ersten Arbeitsmarkt zurückzufinden. „Doch der Weg aus einer Werkstatt zurück ist sehr schwierig und gelingt leider nur zu selten“, verriet HPZ-Geschäftsführer Helmut Dörfler. Helfen sollen dabei finan-



HPZ-Geschäftsführer Helmut Dörfler begrüßt Bezirkstagspräsident Franz Löffler (Vierter und Fünfter von rechts). Mit dabei (von links) der Leiter der Bezirksverwaltung Benedikt Schreiner, HPZ-Aufsichtsratsvorsitzender Johann Bock, HPZ-Prokuristin Brigitte Krause, Bezirksrat Toni Dutz und Bezirkstagsvizepräsident Lothar Höher Bild: Bühner

zielle Leistungen des Bundesteilhabegesetzes, die für den Arbeitgeber die Minderleistung ausgleichen sollen.

Da dies bei vielen jedoch nicht gelingt, müssen die Kapazitäten für Unterbringung und Betreuung dieser leistungsbehinderten Menschen ausgebaut werden. „Heimatnah und wohnortnah ist unser Ziel“, bemerkt dazu der Bezirkstagspräsident. „Der Bezirk verstärkt seine Präsenz in der

Fläche immer weiter“, ergänzte der Leiter der Bezirksverwaltung Benedikt Schreiner.

Ausdrücklich fordert Löffler auch „mehr Wertschätzung für die Situation dieser Menschen und ihrer noch möglichen Arbeit in der gesamten Gesellschaft“. Inklusion und soziale Gerechtigkeit müssten auch aufrechterhalten bleiben, wenn die wirtschaftliche Entwicklung eines Tages wieder schwächer werde.

Diskutiert wurden auch Änderungen im Bundesteilhabegesetz, die ab dem Jahre 2020 gelten. Das System der Leistungen für Menschen in stationären Wohneinrichtungen wird in Zukunft stark verändert.

Unter anderem werden die Leistungen der Eingliederungshilfe von den existenzsichernden Leistungen strikt getrennt. Für die Träger von Einrichtungen ergeben sich erhebliche Umstellungsarbeiten.